

## SEXUELLE ÜBERGRIFFE

# Die geheimen Dokumente zur Silvesternacht

Vertrauliche Akten, E-Mails und Einsatzberichte zeichnen ein deutliches Bild: Polizei und Stadt reagierten zu spät, kommunizierten aneinander vorbei und gaben die Kontrolle früh aus der Hand. Das Innenministerium bemüht sich seitdem um größtmöglichen Abstand zwischen den Akteuren in Köln und Minister Ralf Jäger.

VON FABIAN KLASK UND TIM STINAUER

## Einsatzprotokoll der Polizei vom 31. 12.

21:53:59 Bemerkung  
Zusatzmeldung:  
Mit: RTw-Besatzung  
Tel: [REDACTED]  
Bem: 31.12.15 21:53 601LST7 NW025136  
Bem: Raketen werden in die Menschenmenge geschossen, keine Polizei zu sehen  
31.12.15 / 601LST7 / NW025136

22:14:37 Bemerkung  
1141: weit über 1000 Personen, keine Maßnahmen mit unserer Kräftesituation möglich  
31.12.15 / 6011HW3 / NW026787

Eine Rettungswagen-Besatzung und ein Streifenwagen (Rufname 1141) schlugen schon früh Alarm. Aber erst um 23.30 Uhr ließ die Polizei die Domtreppe räumen.

## E-Mail von Innenminister Jäger vom 8. 1. an enge Mitarbeiter

Erste Fragen die sich aus der Durchsicht des Berichtes ergeben:  
Warum wurden bei 71 Personen die Personalien festgestellt? Waren das Teilnehmer, Stoerer oder Täter?  
Welche Nationalität besitzen die 71 Personen?  
/ Festgenommene taeter, illegal eingereist, kein fester Wohnsitz, wurden entlassen. Das muss erläutert werden.  
Wieso hat die Presse keine Kritik von Weiterungen?  
Warum hat es nach meiner Rechnung 38 Stunden gedauert, bis die "Siegesmeldung" "ein ruhiger Abend" durch "geschädigte sollen sich melden" ersetzt? Der Verdacht der Verschleierung muss entkräftet werden!

## Interner Bericht der Polizei-Pressesprecherin vom 8. Januar

Die Ermittlungsgruppe wurde am Nachmittag des 01.01.2016 eingerichtet. Nach Rücksprache mit der EG wurde zunächst auf eine Pressemeldung darüber verzichtet, um der EG die Möglichkeit zu geben, die Anzeigen zu sichten und mögliche Täterhinweise filtern zu können. Insbesondere wegen des sensiblen Themas rund um die Flüchtlings-Thematik schien es keinesfalls geeignet, ungeprüfte Anhaltspunkte für mögliche Täterhinweise zu veröffentlichen. Andererseits scheint es wenig sinnvoll, eine Pressemeldung ohne derartige Angaben zu erstellen.

Die ehemalige Chef-Sprecherin der Polizei erläutert, warum die Behörde zunächst zurückhaltend war bei der Herkunftsnennung von Tatverdächtigen

Die einzige E-Mail von Ralf Jäger in den mehr als 10.000 Seiten starken Unterlagen: Um Mitternacht schickt er Fragen zum ersten Kölner Einsatzbericht.

# Die Verteidigungsstrategie des Innenministers

Die Schuldigen alleine in Köln gesucht – Presseanfragen zu heiklem Sozialprojekt abgewimmelt – Bisher kein Beleg für eine Vertuschung

Zeuge Nr. 30 soll am 9. Mai vor dem Untersuchungsausschuss des Landtags erscheinen, weil er „zu Sachverhalten aussagen“ könne, die die „Silvesternacht betreffen“, so steht es im Beweisantrag. Eine nachvollziehbare Erwartungshaltung, denn der Mann hinter der Nr. 30 heißt Ralf Jäger, gelernter Groß- und Außenhandelskaufmann und aktuell Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ob ihn die Spätfolgen der Silvesternacht doch noch einholen werden und seine politische Zukunft gefährden, hängt auch von den kommenden Wochen ab. Nach den Befragungen vieler Polizisten werden die Parlamentsaufklärer nun vor allem die politisch Verantwortlichen des Landes vorladen. Der „Köln Stadt-Anzeiger“ hat vor den wichtigen Zeugen aus Tausenden Seiten Ministeriumsakten, Einsatzberichte und Polizeiprotokolle einsehen können. Aus den Unterlagen lassen sich die Abläufe der Nacht und die aufgewühlte Atmosphäre in den Tagen danach rekonstruieren.

### Schutzwall für Ralf Jäger

Die Akten mit der Geheimhaltungsstufe „Verschlussache – nur für den Dienstgebrauch“ belegen, wie sehr Jägers Apparat unter Druck stand, Ermittlungs-Ergebnisse zu liefern. Es lässt sich aber auch herauslesen, wie daran gearbeitet wurde, einen unsichtbaren Schutzwall zwischen der gescholtenen Kölner Polizei und dem Innenministerium hochzuziehen. Es soll dieses Bild entstehen: dort die Schuldigen rund um den Dom, hier die Düsseldorfer Aufklärer.

Am Morgen des 5. Januar ist von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) noch kein Wort zu den Ereignissen bekannt – doch ein Ministeriumsbeamter schickt bereits eine aufgeregte E-Mail ins Kölner Präsidium. Jägers Beamte sind alarmiert: Es solle geprüft werden, ob Teilnehmer des Landespräventionsprogramms „Klarkommen!“ unter den Tatverdächtigen seien. „Ich bitte um kurze schriftliche Mitteilung zu Ihrem diesbezüglichen Erkenntnisstand.“ Der E-Mail-Wechsel über das Kölner Projekt, in dem Straftäter aus Nordafrika resozialisiert werden sollen, füllt Dutzende Seiten.

### Journalisten unerwünscht

Dem Ministerium geht es dabei wohl nicht um die Ursachen hinter den sexuellen Übergriffen: Die Beamten wollen offenbar ihren Minister schützen, der das Projekt vor zwei Jahren mit großen Worten und vielen Kameras präsentiert hatte. Die Presse soll also möglichst wenig über das Landesprojekt berichten, das, wie später herauskommt, auch zwei der Tatverdächtigen betraut hatte. Die E-Mails zeigen Wirkung: Stolz meldet die Kölner Geschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt, die das Programm vor Ort verantwortlich ist:

„...habe  
MIK (das  
Innenministerium,  
Anm. d.

Red.) und PP Köln argumentativ rausgehalten“.

Auch der unter Druck geratene Minister schaltet sich Anfang Januar schriftlich in die Diskussion seiner Polizeixperten und Juristen ein. Nachdem er offenbar den ersten Bericht der Kölner Polizei durchgearbeitet hat, schickt Jäger eine E-Mail an vier seiner engsten Mitarbeiter. Der 55-Jährige stellt Dutzende Fragen zum Einsatzprotokoll. Dabei deutet sich schon an, was der Minister einige Tage später als Hauptursache ausmachen wird: das Versagen der Kölner Polizeiführung. „Festgenommene taeter, illegal eingereist, kein fester Wohnsitz, wurden entlassen. Das muss erläutert werden“, mailt er etwa am 8. Januar um kurz nach Mitternacht.

Jäger hat sich da offenbar schon entschieden: Die Fehler wurden vor Ort gemacht; strukturelle Probleme in der Landespolizei, die Frage etwa, ob die NRW-Sicherheitsbehörden womöglich zu wenig Personal haben, dürfen keine Rolle spielen. Wie viele zusätzliche Beamte Köln beim Land beantragte

und welche Verstärkung tatsächlich genehmigt wurde, das will der Sozialdemokrat nicht wissen. Erst später müssen seine Leute einräumen, dass das Land mit Verweis auf knappe Ressourcen bei der Bereitschaftspolizei den Kölnern für den heiklen Silvestereinsatz 38 Beamte weniger schickte, als die sich gewünscht hatten.

### Einer wie Gerhard Schröder

Bisher ist diese Strategie, der frühen und eindeutigen Schuldzuweisung aufgegangen: Zwar forderte die Opposition schnell seinen Rücktritt, doch konnte ihm bis jetzt niemand persönliche Versäumnisse nachweisen. So lange, da sind sich politische Weggefährten sicher, „wird er ums Amt kämpfen“. Der Sohn einer Wirtin, der neben der Schule im Duisburger Königs-Eck, der Kneipe seiner Mutter jobbte, hinterm Tresen politisch sozialisiert wurde und später als Referent bei einer Krankenkasse gearbeitet hatte, sei einer „wie Ex-Kanzler Gerhard Schröder“. Also je-

mand, der die Politik als Mittel zum gesellschaftlichen Aufstieg nutzte – und deshalb nicht aufgeben werde: „Wenn Jäger nicht mehr Minister ist, dann ist der doch nichts“, sagt einer, der ihn lange beobachtet hat.

Die internen Protokolle, die der „Köln Stadt-Anzeiger“ ausgewertet hat, können Jägers Version eines völlig missglückten und schlecht koordinierten Polizeieinsatzes jedenfalls nicht widerlegen: Ein Einsatzleiter, der in der Nacht nichts von sexuellen Übergriffen mitbekommen haben will. Eine Leitstelle, die zu keiner Zeit den Gesamtüberblick hatte. Einsatzleiter von Polizei, Stadt und Bundespolizei, die kaum miteinander sprachen. Und mehr als 30 bestohlene, belästigte, teils völlig aufgelöste Frauen, die sich in der Innenstadt stauten, weil nur zwei Beamtinnen Anzeigen aufnahmen. Unter welchem hohem Druck sich in den Tagen danach die Polizisten der „Ermittlungsgruppe Neujahr“ wählten, beweist das Protokoll einer Besprechung vom 7. Januar: „Wir müssen erste Ergebnisse darstellen“, heißt es darin.

Liest man weiter in den Unterlagen, dann fällt ein anderes Phänomen auf, eines das noch politische Brisanz entwickeln könnte: Wie sich die Spitze des Landes und die Topbeamten des Innenministeriums an der Aufklärung beteiligten, ob etwa Regierungschefin Kraft oder Jä-

ger ihre Mitarbeiter zu absoluter Transparenz ermahnten, das alles ist aus den Ministeriumsakten nicht nachvollziehbar. Abgeordnete des Untersuchungsausschusses beklagen bereits, so sei es nicht möglich, staatliches Handeln zu kontrollieren. Es stellt sich die Frage, ob die Regierung heikle E-Mails unterschlagen hat oder man nur noch das Telefon nutzte, weil ein Gespräch weniger Spuren hinterlässt.

### Staatskanzlei sperrt Akten

Nach Recherchen des „Köln Stadt-Anzeiger“ taucht Jäger selbst in den Akten nur mit einer E-Mail auf. Kraft hat nach den Vorfällen ein ums andere Mal Nachrichten zu Köln in ihrem Postfach. Die Regierungschefin aber hält es wie ihr Minister – Schriftliches gibt es nicht. Einen E-Mail-Austausch mit ihrem Sprecher zu einer Presseäußerung lässt die Staatskanzlei in den Akten sperren: „Der Inhalt der Email eröffnet Rückschlüsse auf die interne Abstimmung zwischen der Ministerpräsidentin und dem Regierungssprecher“, so die Begründung. Das Verfassungsgericht hat das Recht auf einen solchen geschützten Kernbereich mehrmals bestätigt.

Ein Detail aber erwähnen sowohl Staatskanzlei und Ministerium gerne und oft im Schriftverkehr: Das erste Telefonat zwischen Jäger und seiner Chefkin habe am 4. Januar um 13.41 Uhr, also Tage nach der schlimmen Nacht stattgefunden. Für die beiden ist das wichtig, transportiert es doch ihre zentrale Botschaft: Wir haben nichts geahnt und nichts gewusst!



Regierungschefin  
Hannelore Kraft



Minister Ralf  
Jäger